



Inhalt

1.	Das Zypernproblem.....	2
2.	Gasvorkommen	4
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	6
	Europawahlen	6
4.	Türkische Zyprioten	8
5.	FES Zypern Veranstaltungen	10

FES NEWS

!!! Jetzt auch auf Facebook

www.facebook.com/FEScyprus !!!

1. Das Zypernproblem

Der zweitägige Besuch des US-Vizepräsident Joe Biden am 21. und 22. Mai war das beherrschende Ereignis des Monats. Zusammen mit Biden kamen auch der amerikanische Sicherheitsberater Jake Sullivan und der stellvertretende US-Staatssekretär für Energiefragen Amos Hochstein auf die Insel. Es war daher keine große Überraschung, dass die Zypernfrage und das Thema Energie die beherrschenden Gesprächsthemen waren.

Nach Lyndon Johnsons Besuch im Jahr 1962 war dies der erste Besuch eines derart hochrangigen US-Vertreters in Zypern. Die Entwicklungen der letzten Zeit haben die strategische Bedeutung Zyperns in der Region gestärkt. Vor allem die Krisen in Syrien und der Ukraine und die Suche nach Energiequellen im östlichen Mittelmeer, haben das amerikanische Interesse an einer Lösung in der Zypernfrage verstärkt. Dieses Interesse ist von nicht geringer Relevanz im Hinblick auf die Zusage der Anastasiades-Regierung, sich westlich zu orientieren. Biden wiederum bezeichnete Zypern als einen strategischen Partner der USA.

Am 22. Mai gab Biden ein Abendessen für Präsident Anastasiades und den türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Dervisch Eroglu, sowie die UN-Sonderbeauftragte Lisa Buttenheim und die beiden Verhandlungsführer, Andreas Mavroyiannis und Kudret Ozersay. Biden bestonte die Verpflichtung von Anastasiades und Eroglu auf die gemeinsame Erklärung vom 11. Februar und kündigte eine Beschleunigung des Verhandlungsprozesses an. Zu diesem

Zweck einigten sich beide Volksgruppenvertreter darauf, sich mindestens zweimal pro Monat zu treffen. Das nächste Treffen der beiden ist für den 2. Juni angesetzt. Es waren Gerüchte im Umlauf, wonach der amerikanische Vize-Präsident einige kleinere vertrauensbildende Maßnahmen bezüglich Varosha verkünden werde. Demnach würden die USA ein Expertenteam finanziell unterstützen, dass einen Plan für die Wiederbelebung des Gebietes der seit 1974 leerstehenden Geisterstadt Varosha ausarbeiten solle. Obwohl kein Durchbruch erzielt werden konnte, sicherte Biden die Unterstützung für den Plan durch die USA zu. Die Rückgabe von Varosha wurde von den griechischen Zyprioten als eine vertrauensbildende Maßnahme vorgeschlagen, parallel zu den laufenden Verhandlungen für eine umfassende Lösung. Die türkischen Zyprioten hingegen betrachten Varosha als einen festen Bestandteil einer endgültigen Vereinbarung.

Anfang Mai fand, nach Abschluss des Screening Verfahrens im April, die zweite Runde innerhalb der laufenden Friedensverhandlungen statt. Mavroyiannis und Ozersay begannen substantielle Verhandlungen mit den Themen föderaler öffentlicher Dienst, föderale Kompetenzen und Eigentumsfragen.

Bidens Treffen mit dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Dervisch Eroglu im Norden rief bei der Mehrheit der griechisch-zypriotischen Parteien außer der DISY negative Reaktionen hervor trotz Bidens Zusicherung, dass die Republik Zypern die einzige legitime Regierung auf der Insel sei. Insgesamt aber, wurde der Besuch als ein historischer

Meilenstein in den amerikanisch-zypriotischen Beziehungen und als ein erneutes amerikanisches Engagement zur Erreichung einer schnellen Lösung in der Zypernfrage gewertet.

Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu bezeichnete den Besuch als eine positive und wichtige Entwicklung, die den laufenden Vereinigungsgesprächen einen neuen Impuls geben könne. Während seiner Stippvisite im Norden wenige Tage vor Bidens Besuch traf sich Davutoglu mit Dervisch Eroglu und dem Außenminister Ozdil Nami, um die Positionen Ankaras mit jenen der türkischen Zyprioten abzustimmen. Der Besuch wurde von der Oppositionspartei CHP kritisiert, da er den Interessen der türkischen Zyprioten nicht dienlich gewesen sei.

Anfang Mai traf sich Präsident Anastasiades im Rahmen eines viertätigen Besuches in Deutschland mit Kanzlerin Angela Merkel. Während des Treffens konzentrierten sich die Gespräche auf die zypriotischen Friedensverhandlungen, Energiefragen, die Wirtschaft sowie die EU-Sanktionen gegen Russland. Es war der erste offizielle Besuch eines zypriotischen Präsidenten in Deutschland seit 24 Jahren.

Am 5. Mai wurde der UN-Untergeneralsekretär für politische Beziehungen, Jeffrey Feltman, von Präsident Anastasiades in seinem Amtssitz empfangen. Feltman bekräftigte die Unterstützung der UN bei den Bemühungen beider Seiten, eine umfassende Lösung zu finden.

Im Schatten des Besuchs von Vizepräsident Biden kam der stellvertretende Außenminister Russlands, Alexei Yu. Meschkov, am 28. Mai

nach Zypern, um Gespräche mit Präsident Anastasiades und Außenminister Ioannis Kasoulides zu führen. Die Themen waren u.a. die Zypernfrage, die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern und die Krise in der Ukraine.

Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte gab mit seiner Entscheidung gegen die Türkei seine bisher schärfste Strafe gegen einen Staat bekannt. Demnach muss die Türkei Entschädigungen in Höhe von 90 Millionen Euro an die Familien der vermissten griechischen Zyprioten und die griechisch-zypriotischen Bewohner einer Enklave auf der Halbinsel Karpasia zahlen. Begründet wird das Urteil damit, dass die Türkei bei und nach ihrem Einmarsch von 1974 in Zypern gegen die europäische Menschenrechtskonvention verstoßen habe. Dem Urteil zufolge müssen 30 Millionen Euro an die Familien der vermissten Personen und 60 Millionen Euro an die in der Enklave lebenden Familien gezahlt werden. Die Türkei muss das Urteil innerhalb von 18 Monaten umsetzen. Nach Ablauf der Frist wurde für jeden Tag Verspätung eine Strafzahlung angesetzt. Die Klage Zyperns gegen die Türkei wurde 1999 eingereicht. Obwohl das Urteil schon im Jahr 2001 gefällt worden war, verschob der Gerichtshof die Festlegung der endgültigen Strafhöhe bis 2014.

Davutoglu warnte davor, dass das Urteil gegen die Türkei die laufenden Friedensverhandlungen gefährden würde. Zudem lehnte die Türkei das Urteil ab und kündigte an, dass sie nicht vorhabe, die Strafzahlungen zu leisten.

Eine von PRIO veröffentlichte Studie geht davon aus, dass sich im Falle einer Lösung der Zypernfrage, das pro-Kopf Einkommen in einer Zeitspanne von 20 Jahren um ca. 12.000 Euro erhöhen könnte und somit die Volkswirtschaft um 20 Milliarden wachsen werde. Ohne Lösung werde das Wachstum nur bei 5 Milliarden Euro liegen. Der Studie zufolge soll die Friedensdividende nach einer Lösung in den ersten fünf Jahren bei durchschnittlich etwas mehr als zwei Milliarden Euro liegen, in den ersten zehn Jahren bei knapp fünf Milliarden Euro und in den ersten zwanzig Jahren bei etwas mehr als zehn Milliarden Euro. Das BIP pro Kopf würde von 15.500 Euro im Jahr 2016 auf rund 28.500 Euro im Jahr 2035 ansteigen im Vergleich zu einem Zuwachs auf ca. 16.500 Euro ohne eine Lösung.

2. Gasvorkommen

Beim Thema Energie unterstrich der Besuch von Joe Biden das wachsende Interesse Amerikas am östlichen Mittelmeer hinsichtlich der europäischen Abhängigkeit von russischem Gas in Folge der Ukraine-Krise. Mitten in der Krise unterzeichneten China und die russische Firma Gazprom am 21. Mai einen Gaslieferungsvertrag mit einer Laufzeit von dreißig Jahren ab 2018 und einem Gesamtwert von 400 Milliarden US-Dollar. Der Vertrag könnte den Wettbewerb anheizen und somit die Preise für Gas in Europa erhöhen. Gleichzeitig, und das ist noch wichtiger, hat die Suche nach alternativen Versorgungswegen für Erdgas nach Europa an Dringlichkeit gewonnen. Folglich könnte Zypern in Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn im

östlichen Mittelmeer und in Abstimmung mit amerikanischen Interessen einen Teil der wachsenden Nachfrage befriedigen.

Noble Energy gab das Ende eines unverbindlichen Memorandum of Understanding mit dem australischen Unternehmen Woodside Petroleum bekannt. Ursprünglich sollte Woodland Petroleum Anteile an dem vor der Küste Israels gelegenen Leviathan Gasfeld erwerben. Die israelische Regierung hatte Pläne, 25% ihrer Rechte an die australische Firma zu verkaufen. Solch eine Partnerschaft hätte den Bau einer schwimmenden Gasverflüssigungsanlage (Floating Liquefied Gas Plant – FLNG) zur Ausfuhr israelischen Gases favorisiert. Nobel gab an, dass diese Entscheidung keine Auswirkungen auf die Erkundung und die Entwicklung des zypriotischen Gasfeldes habe. Außerdem betonte die Firma mit Sitz in den USA ihren Entschluss, Block 12 wirtschaftlich zu nutzen. Derzeit werden drei Optionen zum Vertrieb des zypriotischen Gases untersucht. Diese sind: eine LNG-Anlage an Land nahe Vasilikos, eine FLNG oder der Export in nahegelegene Mittelmeerstaaten mit Hilfe einer Pipeline oder komprimiertem Erdgas.

Zwei der weltweit größten Ölfelddienstleister, Haliburton und Schlumberger, mit Sitz in den USA werden Zypern als Basis für ihre Dienstleistungen im östlichen Mittelmeer nutzen. Haliburton ist Anbieter für Bohrdienstleistungen und Ausrüstungen für Gaserkundungen, während Schlumberger Subservice Spezialisten für die Entwicklung von Software zur Auswertung seismischer Daten sind. Außerdem wurde der Erdgaslogistik Firma Medserv mit Sitz in Malta

ein Grundstück im Hafen von Larnaca zugeteilt. Medserv ist ein Subunternehmen von ENIKOGAS, die Lizenzen für die Ausbeutung von zypriotischem Öl- und Gas erworben haben.

Energieminister Giorgos Lakkotrypis gab bekannt, dass die Erkundungsbohrungen bereits im Sommer anstatt, wie ursprünglich geplant, Ende des Jahres beginnen sollen. Die Erkundung von Gasvorkommen war auch ein Thema während eines eintägigen Besuches des zypriotischen Energieministers im Libanon, der am 30. Mai stattfand.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die Troika¹ schloss ihre vierte Überprüfung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms in Zypern mit positiven Bemerkungen gegenüber der Regierung ab. Die Troika stellte jedoch drei Bedingungen für die Auszahlung der fünften Tranche in Höhe von 680 Millionen Euro. Erstens müssen die Regeln des Finanzrates angenommen werden. Zweitens muss ein Gesetz über die Zusammensetzung einer Abwicklungsbehörde verabschiedet werden und drittens muss bis Ende Mai ein Bericht an die OECD eingehen, in welchem die Maßnahmen der letzten sechs Monate zur Bekämpfung der Geldwäsche aufgeführt werden.

¹ Die Troika setzt sich aus dem Internationalen Währungsfond (IWF), der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank zusammen.

Die Delegation begann ihre Untersuchung am 7. Mai. Ganz oben auf der Aufgabenliste standen die faulen Kredite und die Einführung einer nationalen Krankenversicherung. Am 16. Mai wurde eine Vereinbarung über die Grundzüge eines nationalen Gesundheitssystems abgeschlossen. Das System soll in drei Phasen eingeführt werden, beginnend im Juli 2015. Die größten Herausforderungen für Zypern sind die effektive Reduzierung der faulen Kredite und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen.

Am 14. Mai gab die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ihre Entscheidung bekannt, Zypern für eine begrenzte Zeit finanziell zu unterstützen, um die durch die Wirtschaftskrise ausgelösten Finanzprobleme zu mildern. Bis 2020 soll Zypern 700 Millionen Euro bekommen.

Demetris Syllouris, der Vorsitzende des parlamentarischen Ethikausschusses und Kandidat für das Europäische Parlament, war Zielscheibe heftiger Kritik, als er am 8. Mai eine Liste mit den Namen jener Firmen veröffentlichte, die mit Erlaubnis der Zentralbank Geld ins Ausland transferierten, während aufgrund der Entscheidung der Eurogruppe im März 2013 alle Banken geschlossen waren. Noch Ende April hatte es eine Entscheidung gegen die Veröffentlichung der Liste gegeben.

In der Zwischenzeit kam der Untersuchungsausschuss, der die Ursachen für den finanziellen Kollaps Zyperns untersuchen sollte, zu dem Schluss, dass es auf der griechischen Seite der Laiki Bank eine Praxis der Schuldenübertragung nach Zypern gab, wodurch sich die Bank ge-

zwungen sah, die europäische Liquiditätshilfe in Notfällen (ELA) in Anspruch zu nehmen und die Gelder nach Griechenland zu transferieren, um Interbankkredite zu vertuschen. Im Zusammenspiel mit einem Einlagenrückgang führten diese Praktiken nach Auffassung des Untersuchungsausschusses zu einer vermehrten Inanspruchnahme der Liquiditätshilfe und schließlich zum totalen Zusammenbruch des zypriotischen Bankensektors. In einem Zeitraum von 42 Tagen, d.h. zwischen dem 23. Mai und dem 3. Juli, erhöhte sich die an Laiki ausgezahlte Liquiditätshilfe um 6,2 Milliarden Euro.

Die zypriotische Zentralbank gab bekannt, dass sich die Abhängigkeit der Bank of Cyprus (BoC) von der Liquiditätshilfe im April um mehr als 100 Millionen Euro von 9,5 Milliarden Euro auf 9,4 Milliarden Euro verringert hat. Dies war die seit Dezember 2013 größte Verringerung bei der Abhängigkeit von Liquiditätshilfe.

Im April fielen die privaten Bankeinlagen an allen zypriotischen Banken um 0,7% auf 34,3 Milliarden Euro. Am 30. Mai hob die Regierung die letzten inländischen Kapitalverkehrskontrollen auf, die im März 2013 eingeführt worden waren, um einen Bank-Run zu verhindern nach der Entscheidung der Eurogruppe über einen Bail-in aller Einlagen bei der BoC und der Laiki Bank. Somit ist auch wieder möglich, neue Konten bei anderen Banken auf Zypern zu eröffnen.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 30. Mai fand erstmalig eine LGBTI (Lesbian-Gay-Bisexual-Trans/Transgender and Intersex)-

Parade in Nikosia statt. Die Teilnehmerzahlen waren höher als von den Organisatoren erwartet und lagen bei ca. 4.000 Besuchern. Die Aktivisten kamen auch aus dem Ausland. Der türkisch-zypriotische LGBTI-Verband, KUIR Cyprus, nahm ebenfalls an der Veranstaltung teil. Costas Gavrielides, Leiter von ACCEPT-LGBTI, zufolge akzeptieren mittlerweile 53% der zypriotischen Bevölkerung Homosexualität. Die bekannte zypriotische Sängerin Anna Vissi nahm ebenfalls an der Veranstaltung teil, die unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters von Nikosia, Constantinos Yiorkadjis, stattfand. Zur gleichen Zeit gab es lautstarke Proteste gegen die Parade. Eine Rauchbombe wurde in die Menge geworfen und eine von Kirchenvertretern organisierte kleine Gegendemonstration wurde am Ochi-Platz abgehalten. Bereits bei früheren Gelegenheiten bezeichnete die Panzypriotische Christlich-Orthodoxe Bewegung (PACHOK) Homosexualität als eine ‚Todsünde‘.

Europawahlen

Am 25. Mai wählten die Zyprioten ihre Europaabgeordneten für die Legislaturperiode 2014 – 2019. Insgesamt traten 61 Kandidaten an, wovon fünf türkische Zyprioten und acht unabhängig waren. In dieser Wahl wurde nicht nur über die 751 Abgeordneten, sondern auch über den nächsten Kommissionspräsidenten abgestimmt.

Die sechs neu gewählten zypriotischen Abgeordneten des Europaparlaments sind: Eleni Theocharous und Christo Stylianides (DISY), Takis Hadjigergiou und Neoclis Sylikiotis

(AKEL), Costas Mavrides (DIKO) und Demetris Papadakis (EDEK). Die beiden Abgeordneten von DISY werden im europäischen Parlament der christlich-demokratischen Fraktion EPP angehören. Die AKEL-Vertreter hingegen werden Teil der Europäischen Linken (GUE/NGL), die beiden Parlamentarier von EDEK und DIKO hingegen zur sozialdemokratischen Fraktion (S&D).

Von 606.916 Wahlberechtigten nahmen nur 266.891 an der Wahl teil. Die Wahlbeteiligung lag bei 43,97%, wobei die Zahl der Enthaltungen ein Rekordhoch erreichte. Der klare Gewinner war die regierende DISY mit 37,75% (97.732 Stimmen) und einem Zuwachs von 2,05%. Da DISY von ihrem Koalitionspartner EVROKO unterstützt wurde, erlitten beide Parteien zusammen allerdings leichte Verluste von knapp über 2%. Der schärfste Konkurrent, die kommunistische AKEL, musste massive Stimmverluste verzeichnen und bekam nur 26,98% (69.852 Stimmen), d.h. 8% weniger im Vergleich zu den Wahlen von 2009. Die Oppositionspartei DIKO verlor 1,48% und hatte mit nur 10,80% (28.044 Stimmen) ihr schlechtestes Ergebnis im Vergleich zu allen jemals von ihr bestrittenen Wahlen. Die sozialdemokratische EDEK, die mit den Grünen ein Wahlbündnis eingegangen war, verlor zusammen mit ihrem Partner 3,65% und erhielt nur 7,88% (19.849 Stimmen). Von den Verlusten der anderen Parteien profitierte vor allem die Bürgerallianz unter der Führung von Giorgos Lilikas, der zum ersten Mal antrat und 6,78% (17.549 Stimmen) erhielt. Allerdings erzielte auch die rechtsextreme Partei ELAM Zugewinne von fast 2,5% und landete bei 2,69% (6.957).

Obwohl zum Teil neue Kandidaten Sitze gewannen, bliebe der Verteilung der Sitze im Vergleich zu den Wahlen von 2009 zwischen den Parteien gleich (DISY 2/AKEL 2/DIKO 1/EDEK 1).

Parteien	Wahlergebnisse in %		+/-	Sitze 2014
	2009	2014		
DEMOCRATIC RALLY (DISY)*	35.65	37.70	2.05	2
AKEL - LEFT - NEW FORCES	34.90	26.90	-8.00	2
DEMOKRATIC PARTY (DIKO)	12.28	10.80	-1.48	1
EDEK MOVEMENT OF SOCIAL DEMOCRATS**	9.85	7.70	-2.15	1
EUROPEAN PARTY (EVRO.KO)	4.12			
GREEN PARTY**	1.50			
NATIONAL PEOPLE'S FRONT (ELAM)	0.22	2.69	2.47	
CITIZEN'S ALLIANCE	-	6.78		

*Evroko unterstützte DISY

** The Green Party ging mit EDEK zusammen

Von den 58.637 stimmberechtigten türkisch-zypriotischen Wählern, gaben nur 1.869 ihre Stimme ab. Nahezu 30.000 im Norden lebende türkische Zyprioten waren kurzfristig wegen bürokratischer Fehler bei der Erfassung ihrer persönlichen Daten von der Wahl ausgeschlossen worden. Dagegen gab es von Seiten mehrere türkischer Zyprioten Proteste in den Wahllokalen. Die türkisch-zypriotische Lehrergewerkschaft (KTÖS) entschied, den Europäischen Menschenegerichtshof anzurufen. Aufgrund der Vorkommnisse haben auch die

fünf türkisch-zypriotischen Kandidaten die Wahl angefochten.

4. Türkische Zyprioten

Am 9. Mai informierte der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Dervisch Eroglu die Parlamentarische Plattform, die sich aus Repräsentanten der im Parlament vertretenen Parteien zusammensetzt, über die neue Phase in dem Verhandlungsprozess zur Lösung der Zypernfrage. Nach dem Treffen sagte der Vorsitzende der Democratic Party-National Forces (DP-UG) und stellvertretende Premierminister, Serdar Denktasch, dass er den weit verbreiteten Optimismus nicht teile, egal wie positiv und hoffnungsvoll die in den Medien verbreiteten Nachrichten seien. In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Vorsitzende der Oppositionspartei National Unity Party (UBP), Hüsein Özgürgün, und beschuldigte die griechisch-zypriotische Seite, trotz des Entgegenkommens und der konstruktiven Vorschläge von Seiten der türkischen Zyprioten eine Verzögerungstaktik anzuwenden.

Nach dem Abendessen mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Joe Biden und dem griechisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Nicos Anastasiades sagte Eroglu, dass er während des Abendessens die Wichtigkeit der vertrauensbildenden Maßnahmen betont habe, dass es aber wichtiger sei, sich auf eine umfassende Lösung zu konzentrieren, um danach die vertrauensbildenden Maßnahmen ins Auge zu fassen. Später erklärte Eroglu, dass das Thema

Varosha während seines Treffens mit dem US-Vizepräsidenten nicht angesprochen worden sei, obwohl vertrauensbildende Maßnahmen im allgemeinen diskutiert worden seien.

Der türkisch-zypriotische Außenminister veröffentlichte eine Erklärung, in welcher er den Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten beurteilte. Demnach fand der Besuch zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Bemühungen zur Ausarbeitung einer umfassenden Lösung intensiviert worden seien. Dies wiederum zeige ganz deutlich, dass eine Lösung der Zypernfrage von höchster Priorität für die internationale Gemeinschaft sei. Außerdem seien die Vereinbarungen, die von Seiten des amerikanischen Vizepräsidenten hinsichtlich der Wiederbelebung der bikommunalen technischen Komitees und in Bezug auf eine Beschleunigung des Verhandlungsprozesses angekündigt wurden, von der türkisch-zypriotischen Seite begrüßt worden.

Während der letzten Maiwoche legte ein ad-hoc Parlamentsausschuss dem türkisch-zypriotischen Parlament eine Reihe von Verfassungsänderungsvorschlägen vor. Um die Verfassung zu ändern, ist eine zwei-drittel Mehrheit (34 der 50 Sitze) notwendig. Danach hat der Präsident 15 Tage Zeit, den Änderungen zuzustimmen. Nach der Zustimmung wird ein Referendum gleichzeitig mit den Kommunalwahlen am 29. Juni abgehalten. Das Gesetzespaket besteht aus Änderungen für 19 bestehende Artikel und vier zusätzliche Artikel. Die Änderungsvorschläge sollen die bürgerlichen Grundrechte stärken, die Arbeit des Parlaments effizienter machen sowie Kontroll-

und Haftungsmechanismen festigen. Dazu sagte Eroglu in einer Pressekonferenz, dass es innerhalb bestimmter Kreise Bedenken gebe, dass der Prozess zu schnell sei und die Änderungen in einem größeren Rahmen diskutiert werden müssten. Er selber befürworte ebenfalls eine weitere Diskussion. Daher werde er die Änderungen, nachdem sie dem Präsidenten vorgelegt worden seien, zusammen mit Verfassungsrechtlern prüfen, bevor er seine Zustimmung geben werde.

Der Abgeordnete für Nikosia, Zorlu Töre, trat, nachdem er im April aus der DP-UG ausgetreten war, der UBP bei. Töre hatte die UBP letztes Jahr verlassen, um der Democratic Party beizutreten. Nun begründete er seinen erneuten Übertritt mit der Glaubwürdigkeit der UBP und sagte, die UBP sei die vertrauenswürdigste Partei im Hinblick auf die nationale Frage. Nie sei die Partei ihrer Linie untreu geworden.

Das türkisch-zypriotische Oberhaupt des Sufi Naqshbandi-Haqqani Ordens, Scheich Nazim al Qubrusi, verstarb im Alter von 92 Jahren. Der in Larnaka geborene Sufi-Scheich, allgemein bekannt unter dem Namen Scheich Nazim, befand sich seit Mitte April mit Herz- und Atemproblemen sowie mit altersbedingten Nieren- und Leberfunktionsstörungen auf der Intensivstation. Berichten zufolge hatte er weltweit Millionen von Anhängern, unter ihnen auch Mitglieder verschiedener Königshäuser und Staatsmänner.

Der ehemalige türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mehmet Ali Talat und der griechisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Nicos

Anastasiades trafen sich in der UN-Pufferzone zu einem informellen Essen. Der Präsident der türkisch-zypriotischen Handelskammer (TCCC), Fikri Toros, und der ehemalige griechisch-zypriotische Landwirtschaftsminister Kostas Themistokleous waren ebenfalls zugegen.

Der Präsident der TCCC, Fikri Toros, und der Präsident der türkisch-zypriotischen Industriekammer, Ali Ciralı, erklärten, dass sie die Öffnung der abgezäunten Stadt Varosha befürworten unter der Bedingung, dass die türkisch-zypriotische Bevölkerung eine Gegenleistung erhalte.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Juni

Freitag 13. Juni 2014, 17:30 – 20:30
POLITEIA / FES

Workshop

Immediate Goodwill Gestures

t.b.a.

Nikosia

Nicht öffentliche Veranstaltung



Samstag 28. Juni 2014

POLITEIA / FES

Workshop

**'Piece-Meal Model and Institutional Religious
Freedoms'**

Home for Cooperation (in der UN Pufferzone)
Nikosia

Nicht öffentliche Veranstaltung



Juli

Freitag- Sonntag 4.7. - 6.7. 2014

IKME / BILBAN / FES

Seminar

Cypriots' Voice Conference

Flamingo Beach Hotel, Larnaka

Nicht öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Büro Zypern

Stasandrou Str. 20, Apt. 401

CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Sertac Sonan,

Yiannis Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com